

Nicht jedes Leben ist gleich viel wert

Zur Lage von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und in Europa zu Zeiten von Corona

Das Wort Solidarität hat zurzeit Hochkonjunktur. Während das Virus SARS-CoV-2 die Welt in Atem hält, schallt es uns von allen Seiten entgegen. Die ganze Gesellschaft soll in diesen Zeiten zusammenhalten, um die Schwächsten zu schützen. Doch die Solidarität ist nicht für alle da:

Staaten schotten sich ab, Grenzen werden geschlossen, auf dem Weltmarkt wird um Schutzausrüstung konkurriert, Verschwörungstheorien erfreuen sich immer größerer Beliebtheit und Rassismus und Misstrauen gegenüber dem „Fremden“ steigen an.

Seuchenschutz statt Seenotrettung

Besonders erschreckend ist das fast völlige Erliegen der Seenotrettung im Mittelmeer seit Beginn der Pandemie. Seit Jahren schon sterben Menschen dort bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Seit Jahren schaut ein Großteil der europäischen Staaten und ihrer Bewohner*innen tatenlos den Bildern von ertrinkenden Menschen im Fernsehen zu. Menschen aus Seenot zu retten ist ein Ausdruck grundlegender Menschlichkeit und eine im internationalen Recht festgehaltene Verpflichtung. Doch die EU-Staaten ignorieren diese Aufgabe aus politischem Kalkül. Sie wollen verhindern, dass Geflüchtete nach Europa gelangen. Bilder von ertrunkenen Geflüchteten sollen andere Menschen von der Flucht nach Europa abhalten. Zusätzlich zu dieser perfiden Strategie unterstützt die EU die mehr als dubiose libysche „Küstenwache“, die die Geflüchteten vor Europa abfangen soll und sie oft illegal nach Libyen zurückbringt. In diesem völlig zerrütteten Staat werden die Menschen in Internierungslager gesperrt, gefoltert, versklavt, vergewaltigt, misshandelt und getötet, wie unter anderem „Ärzte ohne Grenzen“ immer wieder berichtet.ⁱ

Da die europäischen Staaten die Seenotrettung im Mittelmeer nicht gewährleisten, haben stattdessen private, spendenfinanzierte Organisationen diese Aufgabe übernommen. Sie werden dabei zu allem Überfluss seit Jahren blockiert, sabotiert und kriminalisiert, vor allem von den Mittelmeerstaaten Italien und Malta.

Nun, in Zeiten der Pandemie, wird diese Situation weiter verschärft: Menschen, die weiterhin versuchen, über das Meer Europa zu erreichen, sollen nicht mehr gerettet werden. In einem Brief des Innenministeriums vom 06. April 2020 an deutsche Seenotrettungsorganisationen heißt es: „Angesichts der aktuellen schwierigen Lage appellieren wir deshalb an Sie, derzeit keine Fahrten aufzunehmen und bereits in See gegangene Schiffe zurückzurufen.“ Grund dafür sei, dass Italien und Malta die Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen und Migrant*innen aufgrund der Corona-Krise verweigerten. Die Organisation „Sea-Eye“ stellte in einem offenen Brief klar, dass sie dieser Aufforderung des Innenministeriums nicht nachkommen werden: „Wir wollen Ihnen heute deutlich mitteilen, dass wir gegen diesen unsäglichen Appell entschieden protestieren und ihm auf jede erdenkliche Weise widersprechen. Menschen wegen des Ausbruchs einer Pandemie im Mittelmeer ertrinken zu lassen, ist ein genauso schlechter Grund wie jeder andere Grund, der bisher in der Debatte um die Rettung von Schutzsuchenden auf dem Mittelmeer vorgetragen worden ist.“ⁱⁱ

Als der Brief des Innenministeriums bei „Sea-Eye“ eintraf, hatte diese auf ihrem Rettungsschiff „Alan Kurdi“ gerade 150 aus Seenot gerettete Menschen an Bord. Dem Schiff wurde zwölf Tage lang der Zugang zu europäischen Häfen verwehrt, bevor die geretteten Menschen schließlich vor Palermo auf ein italienisches Quarantäneschiff evakuiert wurden.

An Ostern, nur einige Tage nach dem Ende der Odyssee der „Alan Kurdi“, starben aufgrund der europäischen Grenzpolitik weitere zwölf Menschen. Sie befanden sich in einer Gruppe von 63 Menschen an Bord eines kleinen, in Seenot geratenen Bootes, das seine Position an die Organisation „AlarmPhone“ durchgegeben hatte. Wie „AlarmPhone“ auf ihrer Homepage schreibtⁱⁱⁱ, wussten die Behörden in Malta, Italien, Libyen, Portugal, Deutschland und auch Frontex über die Notlage

Bescheid. Über sechs Tage wurden die Menschen nicht gerettet, obwohl sie sich in der maltesischen Rettungszone befanden. Sie wurden schließlich von einem libyschen Fischerboot offenbar heimlich nach Libyen zurückgebracht. Dort gingen nur 51 Menschen an Land, zwölf starben vorher. Die Überlebenden befinden sich nun in einem der schrecklichen libyschen Internierungslager.^{iv}

Die Hölle der griechischen Lager

Doch das Mittelmeer ist nicht der einzige Schauplatz der tödlichen EU-Grenzpolitik.

Zur gleichen Zeit werden in Griechenland weiterhin zehntausende Geflüchtete in verschiedenen Lagern festgehalten. Sowohl auf den Inseln als auch im Landesinneren spitzten sich die Zustände dort insbesondere in den letzten Monaten zu. Viele Menschen leben unregistriert in den Lagern, die meisten sind hoffnungslos überfüllt. Das bekannteste Beispiel ist mit Sicherheit Moria auf Lesbos, dort leben 20.000 Menschen in einem für 3.000 angelegten „EU-Hotspot“. Doch auch Lager wie Malakasa bei Athen sind viel zu voll.^v Die Lebensbedingungen sind unerträglich: Es gibt zu wenig Platz, zu wenig Essen, kaum Wasser, wenig bis keine gesundheitliche Versorgung. Dazu kommen Angriffe auf Geflüchtete durch Faschist*innen und die lokale Bevölkerung.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie gibt es Aufrufe, die Lager sofort zu evakuieren, um zu verhindern, dass sich zusätzlich auch noch diese Krankheit dort ausbreitet. Abstand und grundlegende Hygieneregeln können nicht eingehalten, kranke Menschen nicht ausreichend behandelt werden. Aber die schnelle Hilfe blieb aus. Trotz bestürzter Lippenbekenntnisse verschiedener Politiker*innen hat Deutschland bisher nur 47 minderjährige Geflüchtete aus Moria aufgenommen. 47 von 20.000 Menschen – ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt.

Viele Kommunen und auch Einzelpersonen in Deutschland haben immer wieder ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten bekundet. Die EU hätte die Möglichkeiten, die Menschen aus den Lagern dezentral unterzubringen. Dieses Vorgehen wäre das einzig humane in dieser Situation. Die meisten Staaten haben in den letzten Wochen gezeigt, dass sie in hohem Maße handlungsfähig und in der Lage sind, innerhalb kürzester Zeit Krisenbewältigungsprogramme auf die Beine zu stellen – sofern denn der Wille und der politische Druck groß genug sind.

Im Herzen der Bestie...

Doch nicht nur in Griechenland; weltweit und auch in den anderen EU-Ländern gibt es Lager für Geflüchtete, die sich zurzeit in einer besonders prekären Situation befinden. Ein Beispiel sind die – obwohl aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden – Zeltcamps von Geflüchteten in Calais und Grande-Synthe bei Dunkerque, in denen bei Beginn der Krise trotz der Winterzeit etwa 1.500 Menschen lebten, die nun mit einer enormen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen sowie gewaltsamen Übergriffen der Polizei zu kämpfen haben.^{vi}

Ein Skandal ist auch die Inhaftierung von Geflüchteten in der als Abschiebegefängnis genutzten JVA Büren – nicht mit dem Ziel der Abschiebung, sondern allein aufgrund des Infektionsschutzgesetzes. Der dortige Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft“ findet die Inhaftierung von Flüchtlingen nach dem IfSG in einem Abschiebegefängnis „rechtlich sehr bedenklich und für die Betroffenen äußerst diskriminierend“.^{vii}

Zweierlei Maß

Die Lage von Geflüchteten in der EU und an den Außengrenzen, ohnehin schon prekär, hat sich durch die Pandemie drastisch verschlechtert. Es wird deutlich, dass der Wert eines Menschlebens in Europa sehr unterschiedlich bemessen wird: Wer keinen europäischen Pass hat, den lässt man im Mittelmeer ertrinken. Menschen mit deutschen Pässen werden mit großem Aufwand aus der ganzen Welt in die Heimat zurückgeflogen. Ganz Europa geht auf „social distance“, um das Leben von Risikogruppen zu schützen, und gleichzeitig sind Geflüchtete in überfüllten Lagern interniert. Das Problem ist

Rassismus: Die Herkunft, die Hautfarbe, der Pass – diese Dinge dürfen nicht der Grund dafür sein, dass Menschen aus der gesellschaftlichen Solidarität ausgeschlossen werden.

Wir fordern deshalb die sofortige Evakuierung aller Lager und die dezentrale Unterbringung der geflüchteten Menschen auf freiwilliger Basis in menschenwürdigen Unterkünften wie z.B. ungenutzten Hotels, Ferienwohnungen oder leerstehenden Häusern. Zudem müssen alle Abschiebungen gestoppt und Menschen ohne Papiere legalisiert werden, damit sie Zugang zu sicherer Unterbringung und dem Gesundheitssystem haben. Die Seenotrettung muss wieder aufgenommen werden. Die Corona-Krise darf nicht zur Begründung dafür werden, dass Menschen an anderer Stelle dem Tod überlassen werden!

Für die globale Solidarität und ein Ende der tödlichen EU-Grenzpolitik!

i <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/libyen-stopp-illegaler-rueckfuehrungen>
ii <https://sea-eye.org/offener-brief-an-innenminister-seehofer/>
iii https://alarmphone.org/en/2020/04/16/twelve-deaths-and-a-secret-push-back-to-libya/?post_type_release_type=post
iv <https://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingsdrama-im-mittelmeer-europas-toedliche-verzoegerungstaktik-a-4ce6655f-9d49-43a8-b360-b6e44585d414>
v <https://www.proasyl.de/news/fluechtlinge-in-malakasa-wir-sind-auf-uns-allein-gestellt/>
vi <https://calais.bordermonitoring.eu>, Meldungen v. 26./29. März 2020 und 4./10./14./19./24./27./28. April 2020.
vii <http://www.gegenabschiebehaf.de/hfmia/pressealias/pressemitteilungen/corona-fluechtlingshaftanstalt-bueren.html>